

Taiwan Newsletter

Politik

Taiwan fordert Ende der chinesischen Militärprovokationen



Das Außenministerium in Taipeh forderte China am 12. Dezember auf, die militärischen Provokationen in der Region umgehend einzustellen. Hintergrund sind verstärkte Aktivitäten der chinesischen Volksbefreiungsarmee (PLA), die vom 9. bis 11. Dezember sieben Flugverbotszonen östlich von Zhejiang und Fujian eingerichtet hat.

Das Ministerium warnte davor, Chinas Maßnahmen würden die regionalen Spannungen eskalieren lassen und den internationalen Schiffsverkehr und Handel stören. Der Sprecher der Behörde Jeff Liu (Foto) forderte Peking auf, seine militärische Einschüchterung einzustellen und internationale Gesetze zu respektieren, darunter die Charta der Vereinten Nationen, die Bedrohungen der Souveränität anderer Länder verbietet.

Er bekräftigte Taiwans Entschlossenheit, seine Souveränität und Demokratie zu verteidigen, und rief die Demokratien weltweit dazu auf, Taiwan gegen die autoritäre Expansion zu unterstützen. Die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) kritisierte den wirtschaftlichen und militärischen Druck Pekings.

Präsident Lai forderte China auf, Aggression durch Dialog zu ersetzen. „Mit erhobenen Fäusten kann man sich keinen Respekt verdienen, mit geöffneten Händen schon“, sagte er.

Chinas Büro für Taiwan-Angelegenheiten verteidigte die Manöver und erklärte, sie seien eine Reaktion auf angebliche Provokationen durch „Unabhängigkeitskräfte“ oder „separatistische Kräfte“ in Taiwan und deren Zusammenarbeit mit ausländischen Mächten.

Die Sprecherin des Büros Zhu Fenglian warf Präsident Lai vor, bei seinen Besuchen in den pazifischen Inselstaaten und den USA „unter dem Deckmantel der Demokratie“ für die Unabhängigkeit Taiwans geworben zu haben. Sie kündigte an, China werde „notwendige Maßnahmen“ ergreifen, um seine Souveränität und territoriale Integrität zu schützen.

Taiwans Verteidigungsministerium veröffentlichte eine Übersicht der jüngsten chinesischen Militäraktivitäten: Am 10. Dezember wurden 25 Kampfflugzeuge und Drohnen in der nördlichen Luftraumüberwachungszone (ADIZ) Taiwans gesichtet, während weitere 15 Flugzeuge in die südwestliche ADIZ eindrangen. Zudem umkreiste eine chinesische Drohne die westlichen, östlichen und nördlichen Gebiete Taiwans.

Die taiwanische Armee reagierte mit der Überwachung durch Flugzeuge, Schiffe und bodengestützte Raketenabwehrsysteme. Darüber hinaus wurden 11 Kriegsschiffe der PLA und acht Schiffe der Küstenwache beobachtet.

Bald Direktflüge zwischen Warschau und Taipeh? – Parlamentspräsident empfängt polnische Delegation



Parlamentspräsident Han Kuo-yu empfing am 11. Dezember eine Delegation des polnischen Senats unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Michal Kaminski.

Beim Treffen dankte Han Polen für die langjährige Unterstützung Taiwans, insbesondere für die wiederholten Bemühungen, Taiwans Teilnahme an internationalen Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu fördern.

Kaminski betonte, dass Polen und Taiwan als demokratische Länder viele Gemeinsamkeiten teilen, und in Polen parteiübergreifend Einigkeit darüber herrsche, dass kommunistische Ideologien auf Lügen basierten und keine Zukunft hätten.

Angesichts globaler Herausforderungen wie dem Krieg in der Ukraine rief er zu einer engeren Zusammenarbeit der demokratischen Länder auf, um Freiheit und Demokratie zu verteidigen. Er wies auch auf die steigende Zahl von Touristen hin, die zwischen Polen und Taiwan reisten, und erwähnte den immer engeren wirtschaftlichen Austausch zwischen beiden Seiten. Im Namen des polnischen Volkes äußerte Kaminski den Wunsch, Direktflüge zwischen Warschau und Taipeh zu etablieren, um die Beziehungen weiter auszubauen und die Häufigkeit des Austauschs zu erhöhen.

Wirtschaft

Erster Handelsvertrag unter der Wirtschaftsinitiative mit den USA in Kraft getreten

Wie die Kabinettsbehörde Amt für Handelsgespräche (OTN) verlautete, hilft die bahnbrechende Entwicklung in einer Zeit, in der die Welt Umbrüche bei Lieferketten erfährt sowie mit Unsicherheiten wie dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine und Konflikten im Nahen Osten konfrontiert ist, Taiwan dabei, seine Beziehungen mit maßgeblichen Wirtschafts- und Handels-

partnern zu stärken.

Der im Juni 2023 unterzeichnete Handelsvertrag umfasst Verpflichtungen zu Korruptionsbekämpfung, Zollverwaltung und Handelserleichterungen, optimalen Praktiken im Bereich Vorschriften und Bestimmungen, sowie inländische Regelungen zu Dienstleistungen und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

Das Abkommen sieht vor, dass beide Seiten Ausschüsse einrichten, um bedeutsame Angelegenheiten zu beobachten und die Umsetzung entsprechender Initiativen zu erörtern.

In einer am 9. Dezember durch das Büro des US-Handelsrepräsentanten verbreiteten Pressemitteilung dankte die US-Handelsrepräsentantin Katherine Tai ihren taiwanischen Gesprächspartnern und bezeichnete das Abkommen hinsichtlich der Stärkung der bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen als wichtigen Schritt voran.

Die Handelsinitiative zielt darauf ab, einen Fahrplan für Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Verpflichtungen auf hohem Niveau zu gestalten. Laut Tai haben beide Seiten überdies Fortschritte bei einem zweiten Abkommen erzielt, in dem es um zusätzliche Handelsangelegenheiten bei Landwirtschaft, Umwelt und Arbeitnehmerfragen geht.

Gesellschaft

Präsident Lai überreicht Menschenrechtspreis an die NGO Odhikar



Präsident Lai überreichte am 10. Dezember in Taipeh den 19. Asienpreis für Demokratie und Menschenrechte an die Menschenrechtsorganisation Odhikar und lobte die Nichtregierungsorganisation (NGO) für ihr Engagement um politische Rechte der Menschen in Bangladesch.

Nach Einschätzung von Lai hat Odhikar seit seiner Gründung im Jahr 1994 nicht nur Aufsichtsfunktionen wahrgenommen und auf Rechenschaft gedrängt, sondern auch einen jährlichen Menschenrechtsbericht veröffentlicht, um ungerechte Praktiken in dem südasiatischen Land aufzuzeigen.

Wie Bangladesch habe Taiwan Unterdrückung und Nötigung durch autoritäre Herrschaft erlebt und dank der Hingabe vieler Aktivisten und Verteidiger von Menschenrechten erfreue sich Taiwans Bevölkerung heute einer freien und demokratischen Lebensweise, so Präsident Lai.